

SOLIDARITÄT



Organ Des Verbandes Der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 36 • 36. Jahrgang Berlin, den 6. September 1930

Wie müssen die Frauen wählen?

„Der Reichstag ist aufgelöst!“ Am 14. September findet die Neuwahl des Reichstags statt! So steht es in allen Zeitungen sowie in den zur Verbreitung kommenden Wahlflugblättern, und so schreit es von den Werbeplakaten der politischen Parteien mit der Aufforderung an die Wähler, den Stimmzettel nur für ihre Liste abzugeben. Viele lesen es und fassen den festen Voratz, den an sie ergehenden Mahnruf nicht unbeachtet zu lassen.

Anderer gehen an diesen Aufrufen zur Wahl achtlos oder abschließend vorüber. Sie können die mit jeder Reichstagswahl verbundene Aufregung nicht verstehen. Was soll das alles? Ihnen ist es gleichgültig, welche Partei siegt, denn schließlich bleibt nach Ansicht dieser Gleichgültigen ja doch alles, wie es war. Die Bestätigung hierfür finden sie darin, daß sie es ja auch schon mit dem Wähler probiert: einmal rot, das andere Mal schwarz, wieder ein anderes Mal national, ohne daß sich auch nur das geringste änderte. Deshalb fort mit der Politik! Laßt die Parteien schreien, so viel sie wollen. Es ist ja doch nur Schwindel.

Von denen, die fälschlich so denken, gibt es nicht wenige.

Bei der letzten Reichstagswahl

haben sich von rund 40 Millionen Wählern nur etwa 75 Prozent an der Stimmabgabe beteiligt. Über 10 Millionen Wähler, darunter sehr viele proletarische Frauen, haben sich abweisend gestellt und sind trotz aller Aufforderungen zur Wahlbeteiligung daheimgeblieben. Ähnlich war es auch bei früheren Wahlen. Der Reichstag wurde zwar auch so gewählt. Aber er erfährt eine Zusammenfassung, die dem Willen und den Interessen des arbeitenden Volkes keineswegs entspricht. Immer kamen bei diesen Wahlen bürgerliche Mehrheiten zustande, blieb die Sozialdemokratie als Partei des arbeitenden Volkes in der Minderheit und hatte es ungenauer schwer, Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiterschaft auch nur einigermaßen zur Anerkennung zu bringen.

Was wäre demgegenüber möglich gewesen, wenn diese Massen der Nichtwähler, vor allem die proletarischen Frauen, sich an der Wahl beteiligt und der Sozialdemokratie zur Mehrheit verholpen hätten. Statt dessen haben sie kläglich verjagt und einen Reichstag zustande kommen lassen, der zu jeder frühbringenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Arbeit unfähig war. Sie haben der Brünningsregierung zum Leben verholfen, die das arbeitende Volk in ungerechter Weise belastet, die sozialen Erzeugnisse der Arbeiter verschlechtert, und von der deshalb selbst ein Zentrumsabgeordneter sagen mußte, daß sie die reaktionärste Regierung der Nachkriegszeit sei! So ist es in der Tat! Denn das, was diese Regierung in der kurzen Zeit seit ihrem Entstehen und gegen die Abwehrbestrebungen der Sozialdemokratie zum Schaden des arbeitenden Volkes zugunsten des Großkapitals und des Großagrariertums leistete, steht einzig da.

Mitbeteiligt an dieser Schuld sind auch die Frauen, die in Verkennung des volksfeindlichen Charakters die bürgerlichen Parteien bei der Wahl durch ihre Stimmen unterstützten. Das geht mit aller Deutlichkeit aus den Abstimmungsergebnissen in den Orten hervor, wo über die Beteiligung von Frauen an den Wahlen besondere Erhebungen angestellt wurden. Diese ergeben, daß von den auf die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen an Frauenstimmen durchschnittlich entfielen:

Zentrum	61,9 Prozent
Deutschnationale	59,5 Prozent
Deutsche Volkspartei	59,9 Prozent
Demokratische Volkspartei	51,2 Prozent
Sozialdemokratie	46,8 Prozent
Kommunisten	40,7 Prozent

Sieraus zeigt sich also, daß die bürgerlichen, und zwar gerade die reaktionärsten Parteien eine wesentlich stärkere Unterstützung der Frauen fanden als die Sozialdemokratie. Das ist um so auffällender, als die Frauen doch allein der Sozialdemokratie ihre politische Gleichberechtigung mit dem Manne zu danken haben. Ohne die Sozialdemokratie würden die Frauen noch heute politisch rechtlos und ohne Wahlrecht sein.

Was das bedeutet, darüber sind sich leider nur zu viele Frauen nicht im Klaren. Sie beachten nicht, einen wie wichtigen Faktor sie in Staat und Wirtschaft darstellen. Nach der letzten Volks- und Berufszählung von 1925 wurden bei einer Gesamtbevölkerung von 62,5 Millionen 30,1 Millionen männliche und 32,3 Millionen weibliche Personen festgestellt. Auf den weiblichen Bevölkerungsanteil entfielen 11,4 Millionen erwerbstätige Frauen, darunter Arbeiterinnen 3,5, Angestellte und Beamtinnen 1,4 und Hausangestellte 1,3 Millionen. Verheiratet waren 12,7, verwitwet 2,8 Millionen Frauen. Die Frau spielt also im Staats- und Wirtschaftsleben sowohl ihrer Zahl als auch ihrer Tätigkeit nach eine außerordentlich bedeutsame Rolle.

Als Staatsbürgerin ist sie dem Manne an Zahl wesentlich überlegen. Sie kann daher, wenn sie will, das Staats- und politische Leben maßgebend beeinflussen. Hierzu hat sie alle Veranlassung, ist sie doch in ihrer bürgerlich-rechtlichen Stellung trotz der bestehenden politischen Gleichberechtigung noch immer dem Manne weitgehend untergeordnet, unfrei und von ihm abhängig. In der Wirtschaft tritt zwar die Frau nicht in gleicher Stärke hervor. Gleichwohl nimmt sie auch hier eine bedeutsame Stellung ein, sind doch in einer ganzen Reihe von Industrien die Frauen sehr stark vertreten. In einigen, wie z. B. der Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, im Buchbindergewerbe und bei uns im graphischen Gewerbe usw. übersteigt sogar die Zahl der beschäftigten Frauen die der männlichen Arbeiter. Auf Grund dieser Stellung hat die Frau an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Arbeits- und Tarifrechts, der Ausgestaltung des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung das gleiche, ja sogar noch ein höheres Interesse als der Mann, kommen doch diese Gebiete für sie nicht nur als Arbeiterin und Angestellte, sondern auch als Hausfrau und Mutter ihrer Kinder in Betracht.

Sinzu kommt die Stellung der Frau im Haushalt, durch deren Hände der Verdienst des Mannes geht, um die täglichen Bedürfnisse der Familie zu befriedigen. Nicht weniger als 80 Prozent aller Käufe werden durch Frauen ausgeführt.

Sie ist die Sachwalterin der Familie,

von deren Verständnis, Sparsamkeit und Umsicht zum erheblichen Teil deren Glück und Bestand abhängig ist. Wie sie das bei dem oft schmalen Verdienst des Mannes fertigbringt, danach wird in den seltensten Fällen gefragt. In nur zu vielen Fällen wird damit der Frau eine Aufgabe gestellt, die sie nur schwer erfüllen kann. Niedriges Lohn Einkommen des Mannes, übersteigerte Preise des unentbehrlichen Lebensbedarfs usw. machen oft alle Rechenkunstkünste der Frau zuphanden. Hier tritt der Frau auf Schritt und Tritt die Widersinnigkeit unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung entgegen. Sie sieht die furchtbaren Auslagen in den Schaufenstern der Geschäfte, sieht die Überfülle von Waren, von denen ein ach so kleiner Teil genügen würde, ihre Lieben und sie selbst mit allem Notwendigen zu versorgen; sie kann aber nichts kaufen, weil der Verdienst des Mannes es nicht zuläßt. Auf der Frau lastet die Steigerung der Preise, die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit des Mannes, Krankheit in der Familie mit besonderer Härte. So schwer wird oft diese Last, daß sie fast darunter zusammenbricht.

Und dennoch, sie darf den Mut nicht verlieren, denn es muß nicht so sein und bleiben! Gleich dem Manne kann auch die Frau daran mitarbeiten, daß es anders und besser werde. Das kann aber nur geschehen, wenn die Frau als Lebensgefährtin des Mannes mit ihm nicht nur Freud und Leid teilt, sondern auch mit ihm um ein besseres Dasein kämpft. Auch die letzte Frau muß als Arbeiterin, Ehegattin des Mannes und Mutter ihrer Kinder begreifen lernen, daß sie diesen widrigen Verhältnissen nicht machtlos gegenübersteht. Daß sie vielmehr infolge ihrer politischen Rechte imstande ist, mit an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Das kann sie als Arbeiterin neben dem Beitritt zu ihrer Gewerkschaft, als Frau und Mutter bei den politischen Wahlen

durch die Abgabe ihres Stimmzettels für die Sozialdemokratie.

Nur wenn die Frauen sich ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht bewußt sind, nur wenn sie Seite an Seite mit ihren männlichen Arbeitskollegen und Lebensgefährten politisch und wirtschaftlich für eine bessere Zukunft kämpfen, wird auch das Los der arbeitenden Menschheit ein besseres werden!

Partei und Gewerkschaften sind eins!

Von einem Kollegen wird uns geschrieben: Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung studiert hat, muß wissen, daß es in den ersten Zeiten oft Meinungsverhältnisse darüber gab, ob die gewerkschaftliche Organisation oder die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei wichtiger sei. Bis in die letzten Jahre haben die meisten freien Gewerkschaften an einer gewissen Neutralität festgehalten. Soweit sie sich gegen Religionsgesellschaften richteten, soll sie auch fernerhin beibehalten werden. Gegenüber den politischen Parteien geht es nicht. Wer in den letzten Jahren den Kampf um die sozialpolitischen Gesetze verfolgt hat bis zu dem Augenblick, wo das Kabinett Müller gestürzt und die SPD. aus der Regierung gedrängt wurde, weil sie weitere Verschlechterungen für die arbeitende Klasse nicht mehr ertragen konnte, wer in letzter Stunde die bittorischen Verschlechterungen der Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenversicherung, die neuen Massenbelastungen durch die Notverordnung sieht, wer zugleich die Auflösung der Demokratischen Partei und den Abtritt des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsführer Erlenanz zur SPD. erlebt — der muß erkennen, daß es auf den bisherigen Wegen nicht mehr weitergehen kann. In diesem Kampfe um eine reinliche Scheidung sollte auch der letzte Gewerkschaftler erkennen, daß wir im alten Reichstag nur eine wirkliche Arbeitervertretung hatten in der SPD. Und das wird im neuen Reichstag nicht anders sein. Darum sollten auch wir uns klar entscheiden.

Wie liegen denn die Dinge? Alle Kämpfe der freien Gewerkschaften um Lohnaufbesserungen und Verkürzung der Arbeitszeit helfen nichts, solange eine bürgerliche Regierung uns die erkämpften Lohnverbesserungen wieder durch Steuern und Zölle aus der Tasche holt; oder solange eine unkontrollierbare privatkapitalistische Wirtschaft Millionen von Arbeitern durch eine überfüllte Rationalisierung arbeitslos macht, während gleichzeitig die Schließungsmaschinerie derselben Bürgerblock-Regierung andere Millionen von Arbeitern zu einer verlängerten Arbeitszeit zwingt! Haben wir das erkannt, dann kann es für uns nur einen Weg geben: Wir haben die Partei mit allen Mitteln zu unterstützen, die sich als die einzigtige wirkliche Arbeiterpartei zu allen Zeiten bewährt hat, das ist die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Winte für die Wähler

Von einem Berliner Kollegen geht uns eine längere Zuschrift zu, die sich mit den kommenden Wahlen beschäftigt und die Wahlen zum Betriebsrat mit den Wahlen zum Reichstag in eine Parallele stellt. Die beachtenswerten Ausführungen sollten von den Kolleginnen und Kollegen sehr aufmerksam gelesen werden.

Wer die ersten Jahre der Betriebsrätewahlen noch in Erinnerung hat, der weiß, daß von einem Kandidaten — neben seiner freigewerkschaftlichen Zugehörigkeit — vor allem Berufserfahrung und Betriebskenntnisse verlangt wurden. Unter dieser Prinzipianwendung ist der Betriebsrätegedanke zu seinen größten Erfolgen gekommen.

Wie anders aber ist es leider heute geworden? Jetzt ist den Unternehmern ein Helfer in der Not entstanden! Lesen wir schnell ein Zitat aus dem Organ des gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften treuerbündelten „Interessentenbundes der Ausbeuter“.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Februar dieses Jahres schrieb wörtlich, und zwar aus Anlaß des Verbotes des „Roten Frontkämpferbundes“:

„Die Kommunisten haben für das staatspolitische Leben noch eine große nützliche Funktion auszuüben und müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie (und die freien Gewerkschaften! [D. W.] nicht übermächtig wird!“

Und dann weiter:

„Die Kommunisten... sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Wahl in Feindschaft der Sozialdemokratie (und der freien Gewerkschaften! [D. W.] wirken!“

Offenherzig, wie nun einmal der Redakteur dieses Unternehmerrblattes ist, bestätigt er jetzt nach Monaten noch einmal die Rolle, die die Kommunisten in der jetzigen Zeit zu spielen haben, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das am 3. Februar bereits darüber Gesagte.

Ausdrücklich betont er, daß das weitere Anwachsen der deutschen Arbeiterbewegung nur von den Kommunisten einzig und allein verhindert werden kann!

Wenn ein führender bürgerlicher Journalist einer deutschen Arbeiterpresse ohne Umschweife und Bemäntelung das schreibt, was täglich tausende, treu zur Gewerkschaft stehende Mitglieder gleichfalls empfinden, dann beweist das nur, daß die bürgerlichen Feinde der Arbeiterkraft die frohe Hoffnung haben, trotz öffentlicher Anpöndelung, den Kommunisten kein Schamgefühl einzuflöhen, das sie zur Umkehr und zur Einsicht kommen läßt! Die Kommunisten mögen stolz sein über dieses Lob. Es paßt vollkommen zu der Charaktereigenschaft großspuriger, sich wichtig fühlender Menschen, die jedem zu helfen bereit sind, wenn nur als Lohn dafür wenigstens einmal von ihnen gesprochen wird.

Dieses schamlose Gebaren muß aber in Zukunft mehr als bisher in der Gewerkschaftspresse zur Kenntnis der Arbeiterkraft gebracht werden. Die politische Neutralität darf kein Hindernis sein, auszusprechen, was ist! Der Mitgliedschaft muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß der Hausnecht des Unternehmers in der „Opposition“ und den „Kommunisten“ verkörpert ist.

Es darf auch nicht mehr verschwiegen werden, daß die sachliche Opposition der vorwärtsstrebenden aufrichtigen Gewerkschaftler dadurch unterbunden wird. Jede öffentliche Kritik ist erstickt an der Besorgnis heraus, daß die Moskauer auf ihrem „Weltender Großmaul“ den Sturz der deutschen Arbeiterführung „hinausfunten“!

... Warum verschweigen, was bürgerliche Journalisten offen aussprechen? Benützen wir also jede Gelegenheit zur Reinigung unserer Burgen. Noch können wir den Nachwuchs, der sonst dem Geist dieser „Ausgewerkschaftler“ zum Opfer fällt, im Sinne unserer Ideen erziehen. Die Grundfeste der Gewerkschaft ist der Betrieb. Wer ihn erschüttern will, hat den Anspruch, unser Mitglied zu sein, verwirrt!

Wählt in den Betrieben nur tüchtige, erfahrene freie Gewerkschaftler in den Betriebsrat, die den Erfolg als Ganzes zu werten wissen und die Betriebsanarchie einer kleinen politischen Gruppe ablehnen im Interesse einer allgemeinen gewerkschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Nur so können Erfolge von praktischer Auswirkung an Stelle schön gefärbter Berichte errungen werden, die einer sachlichen Kritik standhalten.

Im gleichen Verhältnis zu den Betriebswahlen stehen die Wahlen zu allen öffentlichen Körperchaften des Staates und der Kommune. Darum wählt nicht nur freigewerkschaftliche Betriebsräte, sondern wählt auch am 14. September nur solche Parlamentarier, die ohne Trompeten und Trillerpfeifen gewöhnt sind, geistige Überlegenheit in spürbare Erfolge für die Arbeiterkraft umzumünzen.

Im Betrieb wählt also Gewerkschaftler!

Zum Parlament aber Sozialdemokraten. Liste 1!

R. B.

Die gefundene Zeitung

Ein Arbeiter der westdeutschen Schwerindustrie schreibt uns: Mir fiel zufällig die Nr. 175 der Deutschen Bergwerkszeitung in die Finger, darin fand ich einen interessanten Artikel eines Herrn Professor Dr. Schmidt aus Frankfurt a. M. Dieser schreibt u. a.: Das beste Mittel in der heutigen Zeit sei proportionale Preis- und Lohnsenkung. Wie diese „Portionen“ pro Lohn und je Preis zu verstehen und zu berechnen sind, schreibt er allerdings nicht dabei. Wohl jagt er vorher, daß, wenn der Lohnanteil am Produkt die Hälfte des Preises ausmacht, dann wird eine Lohnsenkung von 10 Proz. den Preis nur um die Hälfte der Lohnkürzung senken, d. h. um 5 Proz. Mit anderen Worten: Kostet die Herstellung eines Fahrrades 50 M. an Material und 50 M. an Lohn, dann ist der Herstellungspreis 100 M. Wird der Lohn um 10 Proz. gekürzt, das sind 5 M., dann sinkt der Herstellungspreis auf 95 M., also um 5 Proz. Und das Ergebnis? Der Arbeiter, der ein Fahrrad kaufen wollte, verdient 10 Proz. weniger, erhält das Rad aber nur 5 Proz. billiger! Ja, wird der Herr Professor sagen, 10 Proz. Lohnabzug sind 5 M. und 5 Proz. Preisverbilligung sind auch 5 M. Man darf also nicht die Projekte vergleichen, sondern die Marktbeträge. Das stimmt — aber wenn sich beides aufhebt, was ist dabei gewonnen? In Wirklichkeit nichts!

Die Sache wird aber sofort gefährlich, wenn die Preisenkürzung nicht auf der ganzen Linie einsetzt! Wenn ein Arbeiter z. B. in der Woche 40 M. verdient, dann muß er sie fast reiflos für Nahrung und Wohnung ausgeben. Wenn diese Gruppen im Preise stehenbleiben oder gar steigen, können die Preise für andere Artikel (Eisen, Kupfer, Wolle, Champagner) um 50 Proz. stürzen — der gesamte Preisindex kann um 10–20 Proz. zurückgehen —, trotzdem muß der Arbeiter seinen Lebensunterhalt nur noch mehr einschränken. So geht's also nicht, Herr Professor! Wenn in dem Artikel dann zwischendurch gesagt wird, daß bei allen Schiedsprüchen die Kostengestaltung (der Herr Professor meint wohl nur die Kostengestaltung der Werke oder auch die Kosten des Arbeiterhaushaltes?) zur Grundlage aller Schiedsprüche gemacht werden müsse, so möchte ich dazu sagen: Unsere Gewerkschaften würden sicher in bestimmten Fällen mit einer Lohnkürzung einverstanden sein, wenn sie sich wirklich davon überzeugen könnten, daß das Werk sonst nicht bestehen kann (wie ja der Lohnstreit um den Mansfelder Kupferbergbau mit seinem Lohnabbau von 9½ Proz. gezeigt hat). Aber wo gibt uns irgendein Unternehmer diese Einsicht und Gewißheit?

Wenn aber der lebensnotwendige Unterhalt bei dieser Gelegenheit auch proportional in Rechnung gestellt werden soll, dann würde in manchen Fällen trotz nachgewiesener Unrentabilität der Arbeitgeber noch etwas herauszahlen müssen, denn so schlecht bezahlte Arbeitergruppen gibt's noch genug in Deutschland. Jetzt möchte ich nur noch wissen, ob man als Verfasser eines solchen krausen Zeugs nur ein gewöhnlicher oder ein ordentlicher Professor oder gar un... bedingt ein außerordentlicher Professor sein muß?

Der Unternehmer auf dem Sprung



Auch er möchte seinen Betrieb mit diesem § 48 organisieren

Volkswirtschaftliche Zbioten

Seit längerem wird von den reaktionären Parteien die Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefordert. Die Wirtschaftspartei hat sogar einen Gesetzentwurf eingereicht, der zum Zweck hat, die Arbeitsdienstpflicht in Deutschland einzuführen. Man hofft dadurch zweierlei zu erreichen: einmal der Volkswirtschaft zu helfen und Arbeiten zu erlebigen, die sonst angeblich nicht erlebigt werden können, und zweitens die Jugend zu nutzbringender Arbeit zu erziehen. Dabei weiß ein jeder, daß arbeitslose Jugendliche nichts schmerzlicher als eine dauernde Arbeitsstelle herbeiwünschen. Die deutsche Wirtschaftskrise wurzelt in der Tatsache, daß unsere Wirtschaftsführer nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten schaffen können. In Nr. 384 der „Vossischen Zeitung“ beschäftigt sich der Genosse Naphthali mit dieser Frage vom Standpunkt der Wirtschaft aus. Die Argumente der Wirtschaftspartei werden in dem betreffenden Artikel folgendermaßen zerstückelt:

„Was aber soll man dazu sagen, wenn das Rezept der wirtschaftsparteilichen Abgeordneten mit dem Satz beginnt, die Arbeitsdienstpflicht solle die deutsche Jugend zur Arbeit und Pflichterfüllung erziehen. Muß es nicht auf die jugendlichen Arbeitslosen, die täglich nach Arbeit suchen, die stündlich bereit sind, und daß die unangenehmste Arbeit in voller Pflichterfüllung zu leisten, geradezu als ein Hohn wirken, wenn man ihre „Erziehung“ zur Arbeit und Pflichterfüllung als das entscheidende Mittel zur Überwindung der Not anspricht? Leidet denn unsere Wirtschaft daran, daß es an arbeitswilligen Kräften fehlt, und daß man deshalb Faulenzer arbeitsdienstpflichtig machen muß?“

Verständigen Leuten brauchte man so etwas nicht zu sagen. Aber Demagogen und wirtschaftlich rückfälligen Elementen gegenüber muß diese Tatsache einmal hervorgehoben werden. Wenn in dem Gesetzentwurf Erd-, Tief-, Wasser- und Wegebauarbeiten, Arbeiten zur Gewinnung von Bodenschätzen, Restorations-, Hilfsarbeiten für den öffentlichen Verkehr usw. als die Aufgabe des Heeres der Arbeitsdienstpflichtigen bezeichnet wird, so ist es das selbe Programm, welches die Kollandsarbeiten zum Ziele haben. Die Kollandsarbeiten stellen sich aber selbst bei tariflichen Löhnen noch billiger, als wenn man einen Riesenapparat für die Arbeitsdienstpflichtigen aufzieht. Ein Pierdesuß schaut aus dem Gesetzentwurf heraus: die Mittel zur Finanzierung der Arbeitsdienstpflicht sollen zur Hälfte von der Reichsanstalt und zur anderen Hälfte durch eine Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand aufgebracht werden. Somit sollen zuerst die Gelder der Arbeiter zur Unterstützung der Arbeitsdienstpflicht herangezogen werden und zweitens den großen Versorgungsbetrieben das Leben erschwert werden, was sich naturgemäß in einer Erhöhung der Tarife auswirkt. Hoffentlich gibt die deutsche Wählerkraft diesen volkswirtschaftlichen Zbioten die nötige Quittung.

Ein verdientes Ende

Seit einigen Jahren spielt in den Reihen der Unternehmer ein gewisser Dr. Schenz, Textilfabrikant in Lörzach, eine große Rolle. Er hatte in seinem Betriebe eine Wertsgemeinschaft aufgezogen, die als Muster der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit hingestellt wurde. In vielen Vorträgen hat Dr. Schenz seine Erfolge in die Welt hinausposaunt, wobei er besonders seiner Freude darüber Ausdruck gab, seine Werksangehörigen völlig von den übrigen Berufsgenossen isoliert zu haben. In dem Betriebe von Schenz sollten hohe Löhne bei günstiger Organisation der Arbeit erreicht werden. Ein raffiniertes Rationalisierungssystem wurde durchgeführt. Den Arbeitern von Schenz wurde versprochen, daß bei Akfordbedienten keine Abzüge erfolgen sollen. Da plötzlich wurde, wie wir dem „Textilarbeiter“ entnehmen, an die Arbeiterkraft das Verlangen gestellt, den Lohn um 30 Prozent zu ermäßigen. Das hatte selbst die geduldben Wertsgemeinschaftler in Erregung gebracht, was zur Folge hatte, daß in einer tumultuarig verlaufenen Betriebsversammlung die Aufhebung der Wertsgemeinschaft beschlossen wurde. Damit war eine Komödie zu Ende, die weit über das badische Musterland hinaus Beachtung gefunden hatte. Sicher waren es keine neuen Gedanken, die Herr Schenz in die Tat umgesetzt hatte. Er bewegte sich in den alten Gedankengängen der gelben Wertsgemeinschaften. Neu war an den Gedanken, daß eine mit Hilfe der Rationalisierung durchgeführte Betriebsorganisation mit der alten Idee von der Interessengemeinschaft zwischen dem Arbeiter und dem Werke verbunden wurde und Herr Schenz als Apostel einer neuen Idee in der Welt herumfuhr. Jetzt kann sich Herr Schenz nicht mehr rühmen, seine Arbeiter von den übrigen Berufsgenossen zu isolieren. Die Arbeiterkraft des Schenzschen Betriebes findet hoffentlich wieder vollständig den Weg zum Zusammenschluß mit der übrigen Textilarbeiterkraft. Damit gehört diese Episode der Vergangenheit an.

Seit über 2600 Jahren wird gewählt

Die erste Volksvertretung vor 2600 Jahren. — Solon und die Staatspartei. — Die ältesten Parlamente. — Zur Geschichte des Stimmzettels.

Zur Geschichte des Wählens von Troil

In diesen Tagen, da das deutsche Volk wieder von seinem höchsten Recht, dem Wahlrecht, Gebrauch machen soll, da es immer noch Menschen gibt, die sich unter dem längst abgeleiteten und in der Praxis wenig bewährten Schlagwort des „starken Mannes“, der Diktatur, beneheln lassen und gegen die Demokratie Sturm laufen, ist es wohl nicht unnützlich, darauf hinzuweisen, daß schon im 4. Jahrhundert vor Christi der berühmte griechische Philosoph Aristoteles in seinen politischen Schriften sagte:

„In den vortrefflichen Staaten unserer Tage wird eine andere Verfassung als die demokratische nicht mehr leicht zu halten sein.“

Aristoteles, der im Jahre 384 vor Christi geborene griechische Philosoph und Schüler Platos, wußte sehr wohl, als er diesen Satz schrieb, daß ein kulturell hochstehendes Volk, wie es die alten Griechen waren, sich nicht auf die Dauer den Launen eines Diktators à la Mussolini usw. aussetzen wird, ohne dagegen zu revoltieren.

Diktatur auf längere Zeit kann nur möglich sein in einem Staatswesen, dessen Bürger zum weitaus größten Teil aus Analphabeten bestehen. Der Westeuropäer des 20. Jahrhunderts würde nur mit Widerwillen sich aristokratischer Despotenwillkür beugen, gleich als alles daran setzen, um alsbald dieses Joch von sich abzuschütteln.

Schon Solon, der griechische Staatsmann und Dichter, der 640 vor Christi geboren wurde, schuf für seine Vaterstadt Athen eine neue Verfassung, die als Vorstufe der Demokratie bezeichnet werden kann. Er war wohl der erste Staatsmann, der das Volk zu selbständiger, lebendiger Teilnahme am Staate zu erziehen versuchte. Er wollte durch seine Verfassung die Kluft zwischen Adel und Volk überbrücken, die Annäherung des Adels hemmen und die Entwürdigung des Volkes beseitigen. Solon war für die Beseitigung der Standesprivilegien und verfügte eine „nach der Leistung abgestufte Beteiligung aller Staatsbürger an der Regierung“. Solons Staatsauffassung war also keine rein demokratische, war eine mehr timokratische. Aber selbst diese Staatsauffassung bedeutete in der damaligen rein aristokratischen Herrschaft der Willkür einer dünnen Adelschicht den ersten Schritt zu demokratischer Gestaltung.

Die eben erst gegründete deutsche Staatspartei ist noch in den Gedankenengungen Solons verstrickt. Stehend gelieben in den Kranz der formalen Demokratie, innerlich „timokratisch“, da sie wie Solon vor 2600 Jahren mit Solons-Verfaß von ihrer Staatsauffassung sagen kann:

„So viel Teil an der Macht, als genug ist, gab ich dem Volke,

Nachdem an Berechtigung ihm nichts, noch gewährt ich jüdel. Für die Gewaltigen auch und die reicheren Begüterten sorgst ich,

Daß man ihr Ansehen nicht schädige wider Gebühr.

Also hand ich mit mächtigem Schilde und schützte sie beide!“

Die Geschichte, besonders aber die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die Geschichte des Weltkrieges und seine wirtschaftlichen Anfänge zeigen uns, daß nicht das Kapital schützen, für die Gewaltigen auch und die reicheren Begüterten sorgen kann und für Sklaven des Lohnes zugleich.

Wie die Timokratie, der Klassenstaat Solons, Schiffbruch erleiden mußte, abgelöst wurde von der Tyrannei Peisistratos, der erste Versuch eine bessere Demokratie folgen ließ, so wird auch die Staatsbürgerpartei des 20. Jahrhunderts an der notwendigen Entwicklung zum sozialistischen Staate scheitern.

Weil eben wirkliche Demokratie sich nicht nur auf die rein geistigen Dinge beschränken kann, sondern auch die wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit aller seiner Bürger gewährleisten muß, wenn sie nicht zugrunde gehen will.

Doch zurück zur Geschichte des Wählens. Das erste Wahlrecht für die freien Staatsbürger vor 2600 Jahren, von welchem Recht die Sklaven ausgeschlossen waren, war noch ein richtiges Klassenwahlrecht, da in vier Klassen gewählt wurde. Es war in wenigem nur von dem preislichen Dreiklassenwahlrecht bis zum Kriegsende 1918 unterschieden, von welchem Wahlrecht selbst der konservative Bismarck sagte, daß es das ebenbeste aller Wahlsysteme sei.

In der Volksversammlung vor über 2000 Jahren gab es noch eine Reihe von drakonischen Strafen für solche Abgeordnete, die ihre höchste Pflicht, im Interesse des Volkes zu wirken, vernachlässigten. Fehlen bei wichtigen Entscheidungen wurde mit schweren Geldstrafen, ja in besonders schweren Fällen mit dem Tode geahndet.

Die Geschichte der Parlamente aller Staaten hat erwiesen, daß nur durch ein gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht Staaten vor allzu schweren Erschütterungen bewahrt bleiben können.

Zuerst hat dies England erkannt, das durch die Revolution Cromwells im Jahre 1647 sich die erste neuzeitliche demokratische Volksvertretung schuf.

Island kann sich rühmen, in seinem „Althing“ das älteste der Parlamente zu besitzen und hat in diesem Jahr das tausendjährige Bestehen seines demokratischen erwhählten Parlaments gefeiert.

England kann sich auch rühmen, den ersten Soldatenrat zu besitzen zu haben. Dieser erste Soldatenrat erließ in den Revolutionsjahren des Jahres 1647, am 29. Oktober, den ersten Entwurf eines allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts.

Die geheime Abstimmung brachte erst die französische Revolution, während in England noch bis zum Jahre 1872 die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben wurde.

Die ersten offiziellen Stimmzettel im vorliegenden Format wurden erst 1849 in Frankreich und in Deutschland 1869 eingeführt.

Der nordamerikanische Staat Wyoming kann sich rühmen, als erster Staat der Welt bereits 1869 das Recht der Frau zum Wählen beschaffen zu haben.

Die uns durch die Revolution von 1918 eingeführte Listenwahl hat bereits im Jahre 1854 Lord Russell im englischen Unterhaus empfohlen. England selbst aber hat bis auf den heutigen Tag diesen Rat nicht befolgt.

Die Listenwahl zuerst in Deutschland eingeführt zu haben, gebührt Württemberg, das bereits einige Jahre vor dem Kriege neben den 70 Bezirksabgeordneten der einzelnen Oberämter durch Schwarzwald- und Donaukreis 9, durch Neckar- und Jagstkreise 8 und durch die „gute Stadt Stuttgart“ vier Abgeordnete nach der großen Verfassungsreform in den württembergischen Landtag durch das Proporzwahlsystem delegierte.

Unsere demokratischen Verfassungen unterliegen — offen zugegeben — Erschütterungen, weil zeitweise nicht alle Wünsche auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten erfüllt werden können.

Warum können aber in erster Linie solche Wünsche des Volkes meist nicht erfüllt werden?

Hauptschuld trägt die Masse der Wähler selbst, die eben in ihrer schlechten Wirtschaftslage — wie Kranke auf den Kurpfählen — auf die Wahrung einer reaktionären Politik hereinfällt. Weil ein großer Teil der Wähler noch nicht politisch genug geschult ist, um mit Aristoteles zu wissen, daß nur in der Demokratie der sozial-gemeinte Staat möglich ist und die persönliche Freiheit garantiert sein kann.

Abbruch der Heimat

Ja, in der Holzgasse 5 bin ich als siebentes Kind eines allzu ärmlichen, aber ehrbaren Handwebers geboren. Der liebe Gott bei meinem unerwünschten Eintritt in das Licht des Lebens nicht anwesend sein konnte, bin ich als Waise aufgewachsen, und es ging ganz gut. So was die oft empfohlene Lebensvorsorglichkeit und die damit zusammenhängende materielle Unterlage anbetrifft, bin ich nicht über die erbärmliche Wohnkondition meiner Erzeuger hinausgekommen. Mit einem Fuß stand ich schon immer auf verlorenen Erde, und der andere trat im Ungewissen.

Nun ist die Holzgasse immerhin eine anständige Straße in unserer Stadt, allerdings, was zu bemerken ist, etwas trumm im Rückgrat und höhlwändig auch sonstwo, aber das, was man liebt, ist und bleibt schon über alle Maße. Die Häuser sind graue Steinblöcke, kaum mehr als fünf Meter in der Breite; von der Dämmung bedeckt, scheinen sie, als schätzte sich das eine in das andere, als wollten sie ineinanderkriechen. Sie sind alle etwas niedrig um das Unterteil herum, roßfedrig und griesgrau behäutet, wie bei einer herausragenden Krankheit liegt es auf den Steinen, und nur einige Bäume, drei oder vier, wenn man etwas Strauchwerk dazu rechnet, die sommers das Laub wie Meeresschaum durch die Straßen werfen, machen diese Steinlandschaft um wenige Prozent freundlicher.

In die ersten Jahre meiner Kindheit kann ich mich schwer erinnern. Ich teile wohl dieses menschliche Unermögen mit der größten Anzahl meiner Mitmenschen. Erst fünfjährig entdeckte ich, ein an Alter und Lebenserfahrung struppiger Dreikäsehoch, mit einem mir angeborenen Erlebnisduft die Geheimnisse unserer Gasse. Erst baldworte man die Kellerlöcher aus, dann die Hundehütten, die Rotunden, die Schutthalden, die Hausflure und fremde Treppenaufgänge (selbst der Restete unserer Kindheit, wenn der Aufstappler des Vaters hinter uns lief). Erst später kamen die lebenden Nachbarn an die Reihe, der Kohlenmann, der Schornsteinfeger, die Gemüschhändler, man bezog sich, sich gegenseitig, so man denen, die über 50 Zentimeter in die Höhe ragten, auch trauen könnte, dann schloß man Freundschaften mit Gleichaltrigen; die oft nicht über die mit viel kindlichem Temperament begleiteten, ohne Endziel jäh abgebrochenen Mummenspiele hinauswährten oder auch sonstwie in die Brüche gingen. Später pflegte man auch dann mit hochniedriger Zurückhaltung einige Beziehungen zu den Mädchen, diese Heuljöhren und Gummipuppen, die, wenn es einem Spaß machte, bestenfalls als Indianerquas und Prinzessinnen zu gebrauchen waren und dabei übel zugerichtet wurden.

Nachdem man sich so einen nicht zu verachtenden Habitus an Lebenserfahrung angeeignet hatte, war man mit etwa sechs Jahren ein fertiges, gemachtes und, was beim Jörn aller Mütter zu entschuldigen sei, ein ewig dreidiges und zerlumptes Männlein.

Es ist etwas Köstliches, sich an diese kleinen Eroberungen seiner normalen Erlebniswelt erinnern zu können, haben doch diese Erlebnisse einer wenig oder gar nicht befürdeten Kindheit nachdauernde Bedeutung, und tragen wir doch alle schon damals den großen Menschen in Waags und in miniature in uns, den wir heute in mehr oder weniger glücklicher Form abgeben. Nun sollte mir jetzt eine im wahrsten Sinne des Wortes zu Stein gewordene, aber darum nicht weniger lebendige Erinnerung an die Tage meiner Jugend verlorengehen. Ich wohne heute nicht mehr Holzgasse 5, sondern am Ende der Straße, die in die Schreibergraben mündet.

Eines frühen Morgens kam eine Kolonne Arbeiter in die Straße marschiert, alles kräftige Jungens, vom Schweiß braun gebräunt, mit Waagen kamen sie heran, vollgepackt mit Werkzeugen, Spaten, Balken, Schubkarren. Sie riefen Gledenslag 7 Uhr das Pflaster auf und krabbelten sich von Tag zu Tag immer tiefer in die Erde. Nach einer Woche war unsere Straße in einen Granatrichter verwandelt. Da wurde herumgeraspelt, geschaukelt, Träger gerammt, Balken gelegt und, ja, ich wollte fast aufschreien, da kam auf einmal am vergangenen Donnerstag das Haus Nr. 5 heran. Mir schien das Blut in den Adern gerinnen zu wollen, und aus meinem Herzen bemühte sich qualvoll eine Protestation hervorzuwachsen. Erst bedeckten die Jungen das Dach ab, und dann kamen die Stodwerke an die Reihe. Die Haken bissen wie wild darauflos. Schon lag aufgefakert, ein Totenkopf, die obere Hälfte des Hauses gegen die Sonne. Und Stunde um Stunde wurde Meter um Meter von oben nach unten, Stein um Stein tiefer gehobelt.

Mühte es sein? Frage und Antwort sind ein Privatgespräch, über das der Magistrat unserer Stadt, könnte er es hören, sich vor Lachen den Bauch halten würde. Man ist dumm und klein in der Erschütterung, die das Herz preist, und jede Kernunft, der wir sonst zugetan kind, wird eine lächerliche Maske. Gott, es war nicht der Tod, der mich anfranz, nein doch, es war nur das Haus meiner Kindheit, der Ort so vieler heimlicher und schamvoller Wünsche und Begierden, eine dreieckige Wohnkammer, die neuem Leben den Weg frei machen sollte. Aber jeder Stein atmete Heimat, die schon am nächsten Drahtzaun ihre Grenze zog, und jede Türe war Zeugnis der vielen Inadäquaten Erlebnisse.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der vorigen Woche schlief ich unruhig und wurde von bösen Träumen hin und her geworfen. Hatennässige Gefüßter stellten in meinem Zimmer herum, knatterten mir in die Ohren, gruben sich in mein Fleisch ein, und dann sah ich mich unter den gläsernen Trümmern meines Geburtshauses begraben. Da wachte ich auf und schlich hangen Herzens, verwirrt noch von der Qual der halben Nacht, in den vorderen Teil der Holzgasse. Hier lag nun Nr. 5, ein Skelett, und ein ungeheurer Schmerz durchriss mich, sah dann in der Kesse, und ich konnte ihn nicht ausbrüllen.

Der dicke Gustav Pumpe der in der benachbarten Maxstraße einen Baumaterialienhandel mit etwa 1000 M. wöchentlichem Reinerwerb betreibt, und den ich die Jahre hindurch nicht gut riechen gelernt habe, hatte den Abriß übernommen. Wie mit Messern grub sich das aufgelüftete Schild seines fettglänzenden Namens in meine Seele.

Aus den Steinen werden sie vielleicht neue Steine brennen oder ein neues Haus bauen. Durch die Tür, durch die ich mich abends oft heimlich fortgeschlich, um das brodelnde Feuer meines aufstrebenden Junglingsstums zu fühlen, wird ein Fremder gehen. So blüht wahrlich neues Leben aus den Ruinen, und die sterblichen Reste meiner engeren Heimat sind wahrlich wieder künftigen Schicksal zugewandt.

So stand ich im stummen Gedanken, Freitag nacht, und schüttelte die Erinnerungen ab, die mich aufstreifen wollten. Einen Stein brach ich. Das wird mich hinüberretten. Jetzt in die Luft gespien, es geht wieder vorwärts. Nur dem Heute und Morgen gehören wir.

Da stand der Hauskumpel, angegriffen von der Hade der Zeit, ja, und es schien, als tropfte noch einmal eine still-verhaltene selige Mühe meiner Kindheit aus seinen geborstenen Augen... W. O.

Arbeit und Kunst

Man sagt, daß der erste Rhythmus eines Liebes aus dem Rhythmus der Arbeit entstanden sei. Rhythmische Bewegung löst auch heute noch in uns Melodien aus. Das gleiche Klappen des Hammers, das Drehen der Mühle daheim, was wir auch rhythmisch treiben, es drängt uns zum Liebe.

So gehören auch bei den niedrig stehenden Völkern Arbeit und Gesang zusammen, und besonders das Mählid ist über- all bekannt.

Bei den alten Germanen war es nicht anders.

Wir machen Gold; die Mühle des Glücks mache froh reich an funkelnden Schänen, In Reichtum ist er, ruhe auf Daunen, Erwache vergnügt! Dann ist wohl gemahnen.“

Das ist das älteste Mählid aus germanischer Zeit.

Alles ist Rhythmus. Auch das Leben der menschlichen Organe, wie es nun neuerdings der Film beweist, wenn er das rhythmische Gekloppen der inneren Muskulatur des lebendigen Menschen auf der Leinwand spiegelt. Rhythmus ist Naturgeschehen. Und es kann gar nicht umhören, daß da rhythmisches Handeln auch zum rhythmischen Liebe wird.

Das ältere war natürlich die Arbeit. Aus ihr wurde das Liebe. Aus dem Schaffen wurde das Kunstgefühl. Wirklichkeit und künstlerisches Fühlen stehen in engstem Zusammenhang. Und kommt etwas nicht recht im Künstlerischen des Lebens, dann liegt die Ursache an der Wirklichkeit, dem Sozialen, dem Arbeitsleben, der wirtschaftlichen Ordnung des Zusammenlebens.

Kann die Masse der Menschen noch heute im Arbeitsleben den Rhythmus ihres Lebens so erleben, daß dieses Erleben des Schaffens zum Liebe zwingt? Die Arbeit hat ihren Rhythmus verloren und damit ihre künstlerische Seele. Und was wir die Kriege künstlerischer Kultur nennen, ist die Kriege der Wirklichkeit, der Arbeit, des sozialen Zusammenlebens.

Einst wurde ein Arbeitsgang bei den mangelhaften Werkzeugen primitiver Menschen durch viele gleichmäßige Handgriffe burdgeführt. Das Werkzeug zwang zur Dauer rhythmischer Folge. Zur Arbeit gehörte die Zeit, wie zum Rhythmus Zeit und Ruhe gehört. Und zur Kunst.

Aber das Werkzeug wurde verbessert, und mit Hammer und Meißel führt der geschickte Mensch heute seine 60 Schläge in der Minute aus. Aber diese 60 Schläge sind für das moderne Wirtschaftsleben noch ungenügend, und ein neuer elektrischer Hammer ist jetzt imstande, in der Minute 2800 harte Schläge auszuführen.

Es wäre widerwärtig, solche Entwicklung der Technik aufzuhalten. Wir sind erhaben über romantische Schwärmerei. Aber der Mensch ist noch als Maschine in die Entwicklung gespannt. Diese technische Entwicklung ist noch nicht tot und et. Auch der Mensch ist noch Maschinenanteil. Und zum Mechanismus bestimmt. Zum ewigen Gleichmaß, doch ohne Rhythmus. Zum Mechanismus der Haft und der Schnelligkeit. Und er leidet in seinem rhythmischen Wesen. In seinem künstlerischen Wesen, wie es der Mensch hat.

Solange das Wirtschaftsleben in dieser Profitgestaltung der Haft und diesem technischen Übergang des Maschinenmenschen noch ist, solange fehlt unserem Zusammenleben der Rhythmus, in dem allein der Sinn für Kunst bestehen kann. Das Wirtschaftsleben hat den Menschen in seinem feinsten Lebensnerv getroffen, in seinem rhythmischen Gefühl. Es hat die Verbindung von Wirtschaft und Seele zerrissen, von Ordnung und Mensch.

Solange man Menschen als Stücke der Maschine zur mechanischen Haft der Maschine mißbraucht, solange kann das Schaffen nicht den Rhythmus geben, den der Mensch zur reinen künstlerischen Freiheit seines Wesens nötig hat. Die Vollendung der Technisierung erst wird den Menschen befreien, wenn diese Vollendung sich in sozialer, menschlicher Gestalt in dem Leben der Wirtschaft vollzieht.

Deshalb zwingt Kunst zu neuer Formung des Wirtschaftslebens, und Arbeit zwingt zu neuem sozialen Recht. Der Mensch soll sich selbst wieder erleben! Und aus der neuen Harmonie der Seele in sozialer Wirtschaftsordnung erwächst die neue große künstlerische Schöpferfreude, die alle erleben und teilen, weil sie im Schaffenden Dasein rhythmische Menschen sind. Dr. Gustav Sofjannu.

Der Schneeball und das böse Wort, Sie wachsen, wie sie rollen, fort, Eine Handvoll wirf zum Tor heraus, Ein Berg wird's vor des Nachbarn Haus. Wilhelm Müller.

Die Arbeiterportler für Liste 1

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat nachstehenden Wahlaufruf erlassen:

Am 14. September soll das deutsche Volk durch die Abgabe des Stimmzettels entscheiden über die Zusammenfassung des neuen Reichstages. Das ist nicht nur bedeutend für die Zusammenfassung oder für die zahlenmäßige Stärke der Fraktionen, sondern viel wichtiger für die Art der Entwicklung aller wirtschaftlichen und kulturellen Fragen in Deutschland. An dem Ausbau der Sozialversicherung ist die Regierung Hermann Müller gescheitert, die nachfolgende Regierung Brüning benutzte den Weg der Notverordnungen. Sie strich von dem Etat die sozialen Zuwendungen, die bisher unter Kämpfen errungen bzw. erhalten werden konnten.

Der Fonds für Leibesübungen im Reichsministerium des Innern ist gekürzt von 1.500.000 auf 850.000 M., und eine weitere Streichung von 10 Prozent ist zu erwarten.

Die ehrenamtlich tätigen Vereinsfunktionäre aller Art sollen zwangslos gegen Unfall versichert werden. Diese Unfallprämien sollen die Vereine zahlen.

Die Grund- und Vermögungssteuer soll in Zukunft auch für Sport- und Spielanlagen erhoben werden. Sie werden jeden Verein mit jährlich etwa 1000 M. neu belasten.

Die Tarife der Eisenbahn erfahren eine weitere Erhöhung und machen so den sportlichen Wettkampf in Zukunft fast zu einer Unmöglichkeit.

Die katastrophalen und kommunalen Unterhaltungen sollen abgebaut werden. Die Nazi-Regierung in Thüringen hat schon jetzt die zweite Rate der dem Arbeiterport zur Verfügung stehenden Gelder nicht zur Auszahlung kommen lassen. Dieses und vieles andere erwartet die Arbeiterportler, wenn sie sich nicht ihrer Kraft bemaßen und alles mobilisieren, um den Kampf für die Liste 1 siegreich zu bestehen.

Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie mit vollem Ernst die jeweilige Situation erfaßt und verfolgt. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie sich des Arbeiterports immer mit besonderer Liebe angenommen hat. In welchem Maße sie es in der Zukunft tun kann, hängt einzig und allein ab von der Stärke, mit der die Partei in das Parlament einzieht; deshalb ist die Parole aller Arbeiterportler: Vorwärts in geschlossener Front! Partei, Gewerkschaften und Kulturorganisationen schaffen durch einheitliches Handeln die Einheitsfront der Arbeit und damit die Voraussetzung für den Sieg des werktätigen Volkes, für den Sieg der Liste 1!

Aus den Zahlstellen

Kaufbeuren. Am Sonnabend, dem 16. August, feierte die Zahlstelle Kaufbeuren im Lokal des Gasthauses „Zum Engel“ ihr 25jähriges Stiftungsfest. Der Vorsitzende, Kollege Krieger, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste und Mitglieder auf das herzlichste. Delegationen entsandten die Zahlstellen Augsburg, Kempten und München. Die Festrede hatte der eigentliche Gründer der Zahlstelle Kaufbeuren, der Beiratsvorsitzende Kollege Albert Schmid, übernommen. Der Redner führte in chronologischer Weise den Anwesenden alle die Schwierigkeiten und Hindernisse, die zu überwinden waren, vor Augen. Mit einem Appell an die Jugend, sich ein Beispiel zu nehmen, wie schwer es war, zu den heutigen Tarifverträgen zu kommen, und mit der Aufforderung, am 14. September bei den Reichstagswahlen ebenfalls seine Pflicht zu tun, schloß Kollege Schmid seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Nach der Festrede trug die Kollegin Franz Schmid in formvollendeter Weise einen sehr gut verfaßten Protokoll vor, der gleichfalls ungeteilten Beifall fand. In besonderer Weise ehrte Gauleiter Lehmeier aus München die Jubilare Ludwig Bögle, Ferdinand Moser, Johann Müstl, Maria Gruber und überreichte gleichzeitig von der Zahlstelle München ein schönes Geschenk. Nachdem die anwesenden Gäste noch herzlichste Gratulationsworte an die Beiratsmitglieder gerichtet hatten und nach Verelesung eines Glückwunschtelegramms des Verbandsvorstandes ging man zum gemühtlichen Teil über.

Mainz. Protestversammlung der graphischen Arbeiterschaft. Am 25. August fand eine vom Graphischen Kartell Mainz einberufene Protestversammlung der graphischen Arbeiterschaft des Bezirkes Mainz im Brauhaus „Zum Gutenberg“ statt. Die Tagesordnung lautete: Die einschneidenden Neuerungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung und der Lohnsteueranpassung für die Arbeiterschaft als Folge der Brüning'schen Notverordnungen und der Steigerungspolitik. Dieses Thema behandelte in ausführlicher Weise der Vorsitzende des Graphischen Kartells, Genosse August Vötker. Im Hand eines umfangreichen, lüdenlosen Materials demonstrierte er den Beiratsmitgliedern die Auswirkungen der Brüning'schen Notverordnungen vom 28. Juli. Auf Grund von zahlenmäßigen Beispielen wurde den Anwesenden klargemacht, daß z. B. in der Krankenversicherung die Verschlechterung für die Versicherten in vielen Fällen geradezu katastrophal wirkt. Ebenso liegt die Sache mit der Arbeitslosenversicherung. Hier ist beabsichtigt, die Jugend unter 17 Jahren fast rektlos vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung auszuschließen. Die Neuerungen bedeuten für die Arbeitslosen in jedem Falle: Einschränkung, Kürzung und nochmals Kürzung. Nachdem er die Kopf- und Ledigensteuer in ihrer Auswirkung behandelt hatte, schloß er seine Ausführungen mit der Aufforderung: Alle Mann an Bord, geht der Regierung Brüning am 14. September die richtige Antwort. Nachdem

der lebhafteste Beifall, der den Ausführungen Bitters folgte, vererbt war, wurde eine Entschließung angenommen, in der schärfster Protest gegen die mit diktatorischer Gewalt erlassenen Notverordnungen hinsichtlich der Sozialversicherungs- und Steuererhebung erhoben wird. Die Versammelten fordern schärfsten Kampf gegen die Regierung Brüning und stellen sich einig und geschlossen hinter den Aufruf des ADGB, vom 16. August 1930.

Rundschau

Warnung vor einem Unterstützungsschwindler. Ein gewisser Fred Hummel ist in Sachen mit einem Mitgliedsbuch der „Graphischen Union“ aufgetaucht und hat bei den Zahlstellen Dresden und Meissen Unterstützung bezogen. Inzwischen ist aber festgestellt worden, daß Hummel noch bei drei anderen Organisations-Reinstitutionsbüros abgehoben hat; er konnte immer das Mitgliedsbuch des betreffenden Verbandes vorweisen, so auch in Meissen beim Fabrikarbeiterverband. Hummel ist ungefähr 20 Jahre alt; wo er aufgetaucht, ist ihm das Mitgliedsbuch abzuhaken, das er wahrheitsfälschlich gefälscht hat.

Der Verbandstag der Metallarbeiter. Der 19. ordentliche Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin wird seine besondere Bedeutung für immer behalten. Mit dem Verbandstag zugleich war die Übersiedlung des Vorstandes nach Berlin und die Einweihung des neuen Verbandshauses verbunden. Der Begriffsabend im Sportpalast war für alle Teilnehmer ein Ereignis. Waren doch an die 15.000 Personen in diesem riesigen Raum versammelt, um der feierlichen Begrüßung der Generalversammlung beizuwohnen. Der Verbandstag fand in dem schönen Saal der Kroll-Oper statt. Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Georg Reichel, eröffnete den Verbandstag und begrüßte die Delegierten und die zahlreich erschienenen Gäste. Der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, der zum ersten Male nach seiner langen Krankheit in der Öffentlichkeit auftrat, hieß den Verband im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes willkommen. Er begrüßte die Delegierten des DMB, zu seinem großartigen Aufstieg und zu dem neuen Verbandshaus. Den Bericht des Vorstandes des erstattete der Verbandsvorsitzende Alwin Brandes. Er wies auf die große Arbeitslosigkeit hin, die besonders die Metallarbeiter so hart betroffen hat. Trotz der Hemmnisse, die einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik entgegenstehen, konnte der Verband seinen Aufstieg fortsetzen. Er zählt heute rund 950.000 Mitglieder. Unendlich schwere Kämpfe hatte der Metallarbeiterverband in der Berichtsperiode durchzuführen. Wir erinnern nur an die Auspöcherung in der Nordwestgruppe und an den Kampf der Werftarbeiter. Das Treiben der Kommunisten, welches besonders im DMB sichtbar ist, wurde von Brandes ins rechte Licht gerückt. Wie sehr ihr Einfluß im Verband zurückgegangen ist, zeigt die Tatsache, daß auf dem Verbandstag nur ein halbes Dutzend Oppositionelle und noch dazu Brandenburger anwesend waren. Der Hauptkassierer Schäfer konnte mit Stolz von der Entwicklung der Kassenerhältnisse berichten. Wie der DMB, von der Wirtschaftskrise mitgenommen wird, ist daraus ersichtlich, daß 1929 als Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nicht weniger als 22 Millionen Mark ausgegeben wurden. Für die gleichen Unterstütlungszweige kamen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits 17 Millionen Mark zur Auszahlung. „Aus dem Bericht der Schriftleitung, den Kummer gab, erhielt man einen Begriff, was ein Verbandsorgan von dieser Größe für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet. Kummer konnte mit einem gewissen Stolz den erfolgreichen Ausbau der „Metallarbeiter-Zeitung“ seit dem letzten Verbandstag erwähnen. Ein Blatt von einer Million Auflage ist ein erzieherisches und bildendes Mittel von hohem Wert. Es muß selbst das Vorbild schaffen und selbst Vorbild sein. Diesem Voratz habe die Schriftleitung nachgeholfen. Die Aufsprache war eine sehr ausgiebige. Mit seltener Einmütigkeit stimmten die Kollegen aus dem Lande der Arbeit des Verbandsvorstandes zu. Aus den Reden der Delegierten konnte man aber auch entnehmen, wie eine erfolgreiche Verbandsarbeit durch die Wirtschaftskrise behindert wird. Im weiteren Verlauf des Verbandstages sprach der Sekretär des Hauptvorstandes Schlieft über „Die Wandlungen in der Weltwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie“. Redner breitete ein riesiges Material vor den Delegierten über dieses Thema aus. In der dazu angenommenen Entschließung heißt es u. a.: „Wenn trotz des Warenüberflusses und gesteigerter Erzeugungsmöglichkeit Millionen arbeitswilliger Menschen Not und Hunger leiden, so liegt die Ursache dieses Widerspruches in der längst überholten privatwirtschaftlichen Grundlage der Wirtschaft. Die Lösung dieses Widerspruches kann nur in der Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftform und der Entwicklung zur Gemeinwirtschaft gefunden werden.“ Neben der Erörterung solcher grundlegenden Fragen wurde eine ergiebige Organisationsarbeit geleistet. Tagen doch rund 300 Anträge dem Verbandstag vor. Als der Verbandstag am Sonnabendmittag zu Ende ging, hatte wohl jeder Teilnehmer das Gefühl, an einer bedeutungsvollen Tagung teilgenommen zu haben. Vorsitzender Reichel schloß den Verbandstag mit dem Gelöbniß, daß der DMB, in derselben konsequenten Weise wie bisher zum Wohle seiner Mitglieder tätig sein werde.

Sechste Jahrbuch des IGB. In einem Umfang von 250 Seiten erschien jetzt das sechste Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Im Gegensatz zu früheren Ausgaben wurden diesmal die Berichte der angeschlossenen Organisationen und der Internationalen Berufssekretariate weg-

gelassen; dieselben werden dem binnen kurzem erscheinenden Bericht über den Stockholmer Kongreß beigegeben werden. Andererseits wurde das statistische Material wiederum beträchtlich erweitert, so daß dieses Jahrbuch die vollständigste und neueste Informationsquelle über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in nationaler wie internationaler Hinsicht erteilt. Am nur eine kurze Zusammenfassung des Inhalts dieses Werkes zu geben: Das Jahrbuch enthält die letztbestimmten Mitgliedszahlen aller an den IGB. angeschlossenen Organisationen, von denen wiederum die genauen Anschriften angegeben werden. Ein gleiches gilt für die Internationalen Berufssekretariate. Ferner wird eine bis ins einzelne gehende Übersicht der Einnahmen und Ausgaben sowohl der an den IGB. angeschlossenen Landeszentralen als auch der an diese angeschlossenen Organisationen während der Jahre 1927 und 1928 gegeben. Die tabellarische Übersicht der verschiedenen Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt mit Angabe von Mitgliedszahlen wurde diesmal besonders gut ausgestattet. Für diejenigen, die der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung Interesse entgegenbringen, findet sich hier eine außerordentlich Menge gesammelter Materials, und es wird ermöglicht, einen Einblick in den Stand der Gewerkschaftsbewegung in jedem besonderen Erdteil zu erlangen. Eine ausführliche Darstellung der Lage der Gewerkschaftsbewegung jedes Landes ist beigegeben. Namentlich das Material über die Gewerkschaftsbewegung in Südamerika, in Kolonialgebieten usw. wurde hier zum ersten Male systematisch gruppiert und für viele Länder zuerst veröffentlicht. Der Preis des Jahrbuches wurde auf 3,30 M. festgelegt. Es ist bei der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstraße 6a, zu haben.

Ferien in der Südschweiz! Obwohl wir bereits mehrfach auf das Ferien- und Kurhotel Teslerete (Teslerete-Lugano, Südschweiz) hingewiesen haben, bringen wir hier Ferien- gänger im Nachhinein nochmals dieses schon gelegene und moderne Arbeiterferienheim in der Südschweiz in Erinnerung. Reduzierte Preise und günstige Kurbedingungen sowie das Zusammensein mit Genossen machen das Kurhotel Teslerete zu einem beliebten Ferienaufenthaltsort für Arbeiter. Es ist auf das bequemste eingerichtet: die Zimmer haben fließendes Wasser, es gibt zahlreiche Gesellschaftsräume, große Gärten usw. Der Einheitspreis für Gewerkschaftler und deren Angehörige beträgt 8,5 Schweizer Franken pro Person (8 Proz. Trinkgeldzuschlag). Für Bade- und Sportgelegenheiten werden keine Gebühren berechnet. Für Genossen, die im Heim eine Kur durchmachen, gilt der Tarif der staatlichen schweizerischen Unfallversicherungsanstalt. Mit Bildungs- und Reifeinrichtungen der Gewerkschaften, die mit größeren Gruppen nach Teslerete kommen, können besondere Abmachungen getroffen werden.

Literatur

Kulturfragen im Volkstum. Im Mittelpunkt dieses Buches stehen die Grundfragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik. Schärer als in früheren Zahlstellenbüchern gefaßt sind die Aufgabenstellungen: die Kapital- und die Arbeit. Aber auch auf kulturelle Gebiete treten diese Fronten scharfer als bisher hervor. Viel Bedeutung erlangt die Kulturpolitik im Volkstum im Volkstum. Die „Sozialistische Bildung“ ist mit ihren Vorträgen „Widerwärtig“ und „Sozialistische Erziehung“ zum Buch von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Zahlstelle der Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Literatur, Berlin S. 14, Inselstraße 6a, stellt Probenummern gern zur Verfügung. Die letzten erschienenen Nummer 16 der Monatszeitschrift „Die Gemeinde“ behandelt in dem Artikel „Der zweite Schritt der Finanzpolitik“ das neue verfassungswidrige Vorhaben der Regierung Brüning und den Einfluß ihrer Maßnahmen auf die Kommunen. „Die Gemeinde“ ist bei jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag F. B. A. Dieckmann, Berlin S. 14, zu bestellen und kostet im Vierteljahr nur 3 M.

Am 24. August verschied nach längerer Krankheit, unter qualvollen Leiden, ein treues und förderndes Mitglied unserer Organisation, der Kollege

Eduard Schuchardt

Ein lebendes und ehrendes Andenken werden ihm bewahrt

Die Mitglieder der Zahlstelle Weimar.

Unserer lieben Kollegin Minna Merlacc, Arzheiligen bei Darmstadt, und Gemahli die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Darmstadt.

Abrechnungen

In der Woche vom 25. August bis 30. August 1930 ging die Abrechnung vom Gau 7a (Schlesien) hier ein.

Geldsendung lam. aus Gau 7a (Schlesien) = 1695,80 M.
Berlin, den 30. August 1930. Heinrich Lobaßl.

Für die Woche vom 31. August bis 6. September ist die Beitragsmarke in das 36. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: F. Schulae Charlottenburg. Reichsstraße 16. Fernr.-: Amt Belford 1928. - Verlag: O. Döbel, Charlottenburg. Druck: Buchdruckwerkstätte GmB. Berlin SW 61. Dreibrunnstraße 5.

LINDCAR
Jetzt auch Nähmaschinen!

LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE
Unternehmen der freien Gewerkschaften
gegen kleinste Wucherzinsen.
Ortsausweise des A.D.G.B.